



**DIE LINKE.**  
Friedrichshain-Kreuzberg

#06 klar.links  
Dezember 2020  
30. Jahrgang



**Pascal:  
Direkt im Bezirk**

**Pascal Meiser** kandidiert bei der Bundestagswahl im September 2021 wieder direkt im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost. Er ist schon seit 2017 für DIE LINKE als Abgeordneter im Bundestag.

Geboren wurde der 45-Jährige im Saarland. Ende der 1990er Jahre zog es Pascal nach Berlin und seitdem ist er in Kreuzberg zuhause, nicht zuletzt im ältesten Kreuzberger Fußballverein FSV Hansa 07. Politisch aktiv ist der studierte Politologe seit seinem Studium – an der Freien Universität Berlin war er Studierendenvertreter. Später arbeitete er unter anderem hauptamtlich für die Gewerkschaft IG Metall und als Leiter der zentralen Kampagnen-Abteilung der Partei DIE LINKE. Als Abgeordneter setzt sich Pascal vor allem für diejenigen ein, die hart arbeiten, aber dennoch jeden Euro zweimal umdrehen müssen: Reinigungskräfte, Paketboten, Flugbegleiterinnen und die viele anderen, denen es genauso geht. Zugleich hat es in den letzten Jahren wohl kaum eine Protestaktion von Mieterinnen und Mietern gegeben, die Pascal nicht aktiv unterstützt hätte. Sei es der Kampf gegen die Übernahme der Karl-Marx-Allee durch die *Deutsche Wohnen* oder die zahlreichen anderen Auseinandersetzungen um bezahlbaren Wohnraum. Die dringendsten politischen Themen für ihn sind: Der Kampf für anständige Arbeitsbedingungen und gegen Armut und explodierende Mieten. Er sagt: »Ich will gemeinsam mit den vielen engagierten Menschen in Friedrichshain, Kreuzberg und Prenzlauer Berg Ost weiter Druck machen, damit wir uns das Leben hier in Zukunft noch leisten können!«

## Unser Mann für den Bundestag

Direktkandidat **Pascal Meiser** sagt, was sich ändern muss

### Was macht Friedrichshain-Kreuzberg so besonders?

In Friedrichshain-Kreuzberg wohnen Menschen mit unterschiedlichsten Wurzeln und vielfältigsten Lebensentwürfen. Auch deshalb lebe ich gerne hier. Und wenn man sich anschaut, mit welcher Kreativität sich die Menschen hier gemeinsam wehren, etwa wenn ein Immobilienhai ihr Haus kaufen will, dann ist das wirklich einzigartig.

### Hast du eine Lieblingskneipe?

Auf jeden Fall. Immer noch die Taqueria Florian am Heinrichplatz in Kreuzberg. Auch wenn ich es zuletzt nur noch selten dorthin geschafft habe und mir aktuell große Sorgen mache, ob die Kneipe – wie viele andere auch – die Corona-Krise heil übersteht. Die Bundesregierung hat die Notlage der kleinen Kneipenwirte in der Krise viel zu lange nicht wirklich ernst genommen. Das muss sich dringend ändern!

### Was kannst du im Bundestag ausrichten?

Ich setze alles daran, Aufmerksamkeit für die Probleme zu schaffen, die die Bundesregierung gerne unter den Teppich kehrt. Dabei will ich auch unserem Wahlkreis eine laut vernehmbare Stimme geben. DIE LINKE hat auf meine Initiative hin die ersten konkreten Konzepte vorgelegt, die kleine Gewerbetreibende und soziale Einrichtungen vor Mietenexplosion und Verdrängung schützen.

### Was muss sich in Deutschland als erstes ändern?

Der offenen und verdeckten Armut in unserem Land muss endlich konsequent der Kampf angesagt werden.

Es muss endlich Schluss damit sein, dass Rentnerinnen und Rentner ihren Lebensabend mit Flaschensammeln finanzieren müssen. Zugleich muss alles darangesetzt werden, den Klimawandel soweit noch irgendwie möglich aufzuhalten, damit unser Planet auch für nachfolgende Generationen bewohnbar bleibt. Anders als die Grünen bin ich allerdings fest davon überzeugt, dass dies nur gelingen kann, wenn wir verhindern, dass dafür am Ende diejenigen draufzahlen, die heute schon jeden Euro zweimal umdrehen müssen.

### Und in unserem Bezirk?

Für unseren Bezirk ist jetzt vor allem wichtig, dass der Mietendeckel tatsächlich überall konsequent durchgesetzt wird. Wo es da noch hakt, helfen mein Team und ich gerne weiter.

### Kommen wir gut durch die Corona-Krise?

Leider hat die Politik der Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte dazu geführt, dass unser Gesundheitssystem viel zu schnell an seine

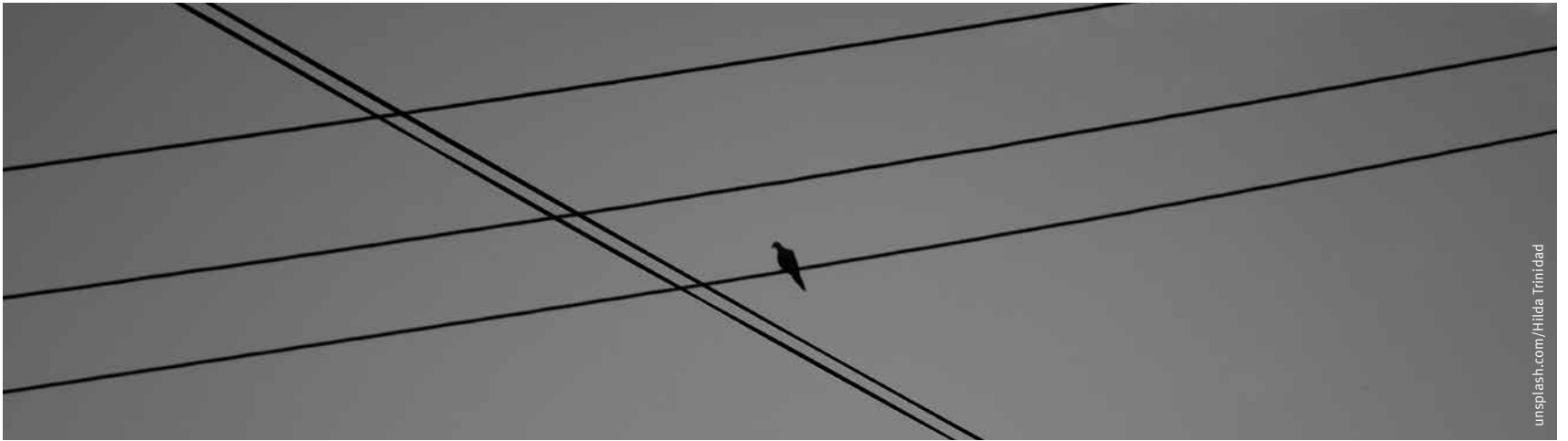
Grenzen stößt. Das macht mir große Sorgen und ist ja die Hauptursache, warum jetzt versucht wird, mit kräftigen Einschränkungen die Pandemie einzudämmen. Dabei kommen vor allem diejenigen unter die Räder, die auch sonst schon wenig hatten. Gleichzeitig verdienen sich Konzerne wie Amazon in dieser Krise eine goldene Nase. Hier müssen wir dringend konsequent gegensteuern. Wir brauchen mehr Unterstützung für Geringverdiener, aber auch Solo-Selbständige.

### Woher wissen wir, dass du nicht die Bodenhaftung verlierst wie viele Politiker?

Dafür sorgt im Zweifel schon, dass ich weiter inmitten eines Kreuzberger Brennpunkts wohne. Diejenigen, mit denen ich hier in den letzten Jahren gegen steigende Mieten und rücksichtslose Verdrängung gekämpft habe, die kennen mich ja von vielen Aktionen persönlich. Die werden mich schon zurück auf den Boden der Tatsachen holen, wenn nötig.



Foto: DIE LINKE



unsplash.com/Hilda Trinitad

# Stromnetz bald in unserer Hand?

## Rekommunalisierung ist wichtig für Klimaschutz

Es kommt Bewegung in den quälenden Prozess der Vergabe des Berliner Stromnetzes. Für die Berliner LINKE ist es seit vielen Jahren eine der zentralen Forderungen: Die Rekommunalisierung des Stromnetzes in Berlin und damit eines entscheidenden Bausteins der Infrastruktur der Daseinsvorsorge. Mit dem Angebot des schwedischen Vattenfall-Konzerns, dem Land Berlin die Stromnetz Berlin GmbH vollständig zu verkaufen, kann das Land Berlin das Berliner Stromnetz übernehmen – einschließlich des Fachpersonals und der erforderlichen technischen und Serviceinfrastruktur.

Vorausgegangen war ein jahrelanger Rechtsstreit zwischen dem Senat und Vattenfall um die Vergabe der Stromnetzkonzeption. Das landeseigene Unternehmen Berlin-Energie ging aus dem Vergabeverfahren zwar als Sieger hervor. Das Ergebnis wurde jedoch durch Vattenfall gerichtlich angegangen.

Bereits im Jahr 2013 hatten sich in Berlin 83 Prozent der Teilnehmenden bei einem Volksentscheid für die Verstaatlichung der Berliner Energie-

versorgung ausgesprochen – wobei damals das vorgeschriebene Beteiligungsquorum knapp verfehlt wurde. Durch eine Übernahme kann nun eine weitere jahrelange rechtliche Auseinandersetzung vermieden werden und stattdessen Sicherheit sowohl für die Beschäftigten als auch für die Energieversorgung geschaffen werden. Notwendige Investitionen können umgesetzt werden und das Netz auf die Anforderungen der Energiewende ausgerichtet werden. Der Senat muss nun seriös prüfen, ob der Preis und die anderen Bedingungen stimmen, dafür ist bis Mitte 2021 Zeit. Ziel muss es sein, den Kauf des Netzes ebenso aus den Netzentgelten zu finanzieren wie die nötigen Investitionen ins Netz. Die Rekommunalisierung der Wasserbetriebe zeigt, dass das möglich ist, ohne die Gebühren in die Höhe zu treiben und den Landeshaushalt zu belasten.

Statt höchstmöglicher Rendite kann ein Berliner Landesunternehmen neben einem kostendeckenden Betrieb des Stromnetzes auch klimapolitische und sozialpolitische Ziele ver-

folgen. Erwirtschaftete Gewinne fließen dann nicht in die Taschen einiger Weniger, sondern verbleiben direkt vor Ort im Haushalt der Kommune. Diese kann damit in den Ausbau und die Erneuerung der Netzinfrastruktur investieren, den Ausbau der ökologischen Energieproduktion vorantreiben und Vorkehrungen gegen drohende Energiearmut treffen. Die Strom- und Energieversorgung ist aber nicht nur Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge, sondern auch ein wichtiger Bestandteil im Hinblick auf den Klima- und Umweltschutz. Durch den Rückkauf des Stromnetzes durch das Land besteht nun auch eine echte Chance, die notwendige Energiewende sozial gerecht zu gestalten und mit einem ökologischen Umbau zu verknüpfen. Auch wenn das Stromnetz selbst keinen Strom produziert, ist es ein wichtiges Instrument für die Energiewende: Es kann die Voraussetzungen für die dezentrale Einspeisung erneuerbarer Energien verbessern – wie etwa Photovoltaik- und Windkraftanlagen. Die Übernahme des Stromnetzes ist auch ein wichtiger Schritt hin zum

Ziel eines integrierten Netzbetriebes aller Energienetze, inklusive des Gas- und des Fernwärmenetzes. Ziel muss ein kommunaler Netzbetreiber sein, der dem Klimaschutz verpflichtet ist, sowie umfassende Transparenzregeln und Initiativrechte für Berlinerinnen und Berliner ermöglicht, wie sie das Energievolksbegehren vorsah. Gerade in der Coronakrise hat sich wieder gezeigt, dass neoliberal ausgerichtete und privatisierte Einrichtungen nicht funktionieren, wenn die Menschen am dringendsten auf sie angewiesen sind. Damit die Infrastruktur allen Menschen zu Gute kommt, muss sie in die öffentliche Hand.

Steffen Zillich, MdA



# Freiheitliches Versammlungsrecht kommt

Das Grundrecht der Versammlungsfreiheit ist für eine lebendige Demokratie konstitutiv. Bislang galt in Berlin jedoch noch das Bundesversammlungsgesetz aus dem Jahr 1978. Mit dem Entwurf für ein Berliner Versammlungsfreiheitsgesetz bringt Rot-Rot-Grün das Versammlungsrecht jetzt auf die Höhe der Zeit. Mit diesem Gesetz schaffen wir bundesweit eines der liberalsten Versammlungsgesetze und stärken die Rechte der Demonstrantinnen und Demonstranten. Der Gesetzesentwurf ist derzeit im parlamentarischen Verfahren, die erste Lesung

im Plenum des Abgeordnetenhauses hat am 20. August 2020 stattgefunden. Das sind die wesentlichen Inhalte des Gesetzes:

- Das Recht auf ungehinderten Zugang zu Versammlungen, auf freie Berichterstattung durch die Medien sowie auf Gegendemonstrationen wird ausdrücklich im Gesetz geregelt. Gegenproteste sollen in Hör- und Sichtweite stattfinden.
- Bundesweit einmalig wird das Deeskalationsgebot für die Polizei gesetzlich festgelegt.
- Es gibt künftig keine Pflicht zur

Bestimmung einer Versammlungsleitung. So ist das Versammlungsrecht offen für neue Versammlungsformen wie z. B. Smart- und Flashmobs.

- Wenn Polizeikräfte auf Versammlungen anwesend sind, müssen sie sich zu erkennen geben. Das gilt auch für Polizist\*innen in Zivilkleidung.
- Bundesweit wird erstmalig die Verbotsmöglichkeit von volksverhetzenden Versammlungen geregelt, wenn dort gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Aufstachelung zu Hass oder Gewalttaten stattfindet, sowie von Versammlungen, die die

NS-Gewalt- und Willkürherrschaft verherrlichen.

- Auch die Bannmeile für das Berliner Parlament wird erheblich reduziert, so dass künftig auch gegenüber dem Abgeordnetenhaus demonstriert werden kann.
- Die Polizei muss Identitätsfeststellungen so durchführen, dass die Teilnahme an der Versammlung davon nicht unverhältnismäßig behindert oder zeitlich verzögert wird.
- Künftig ist nur noch offenes Filmen durch die Polizei zur Gefahrenabwehr bei kurzer Speicherfrist erlaubt.

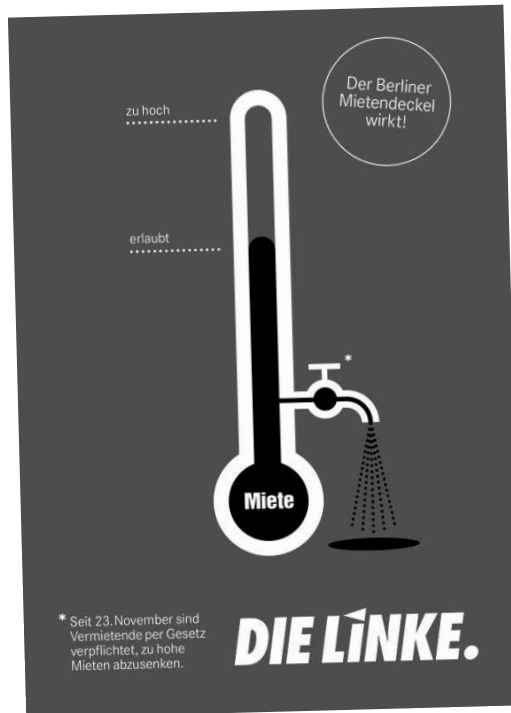


# Jetzt sinkt die Miete!

Seit 23. November greift Stufe 2 des Mietendeckels

Seit dem 23. Februar gilt in Berlin der so genannte Mietendeckel. Aufgrund des historischen Gesetzes aus der links-geführten Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen ist es seither verboten, Mieten für Wohnraum zu erhöhen. Bei Neuvermietungen gilt die Vormiete, maximal jedoch die in einer Tabelle festgelegte Höchstmiete. Die Möglichkeiten, Modernisierungskosten auf die Miete umzulegen, wurden drastisch begrenzt. In der Summe werden Vermietern Möglichkeiten und Anreiz genommen, Mieterinnen und Mieter aus ihrer Wohnung zu verdrängen. Ferner sinken die Angebotsmieten und Neuanmietungen werden für mehr Menschen bezahlbar.

Neun Monate nach Inkrafttreten hat am 23. November die zweite Stufe des Gesetzes gezündet. Seitdem sind Vermieter verpflichtet, nach dem Gesetz überhöhte Mieten zu senken. Mit dem Mietendeckelrechner auf der Internetseite der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen können jedermann und jedefrau prüfen, ob und in welchem Maße die eigene Miete gesenkt werden muss. Mitten in der Corona-Krise werden durch diese Regelung mindestens 360.000



Haushalte in Berlin entlastet und viele Millionen Euro von den Immobilienbesitzern, die zu den Krisengewinnern gehören, zu den Mieterinnen und Mietern umverteilt. Entsprechend groß ist der Widerstand der besitzenden Klasse gegen den Mietendeckel. CDU und FDP klagen vor dem Bundesverfassungsgericht, eine Entscheidung wird im zweiten Quartal 2021 erwartet. Private Eigentümer versuchen derweil immer wieder per Eilantrag, die Umsetzung des

Mietendeckels bis zur Hauptentscheidung auszusetzen. Zuletzt im Oktober entschied das Gericht über einen Antrag, der die Absenkung der Mieten verhindern sollte. Es befand, es sei den Klägern nicht gelungen ihr Anliegen ordentlich vorzutragen. Es sei nicht ersichtlich, dass Wohnungseigentümer existenzielle Verluste zu befürchten hätten oder gar der Verfall ihrer Häuser drohe. Wie alle vorherigen, scheiterte auch dieser Eilantrag sang- und klanglos. Gleichwohl muss auch der Mietendeckel konsequent durchgesetzt werden. Mancher Vermieter wird die Miete nicht pflichtgemäß selbstständig senken. In diesen Fällen können Mieterinnen und Mieter selbst aktiv werden. Sie sollten sich dabei aber unbedingt rechtlich be-

**Wie hoch darf meine Miete sein?**

**Was kann ich tun? Der Mietendeckel-Rechner der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen:**

**[www.mietendeckel.berlin.de/mietendeckelrechner](http://www.mietendeckel.berlin.de/mietendeckelrechner)**

**Ihr braucht Hilfe?**

**DIE LINKE unterstützt euch dabei, gemeinsam gegen Gesetzesbrüche beim Mietendeckel vorzugehen und Absenkungen durchzusetzen. Meldet euch bei uns:**

**[info@dielinke.berlin](mailto:info@dielinke.berlin)**

raten lassen oder sich an die extra dafür eingerichtete Stelle bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen wenden. Weigert sich der Vermieter, droht ein Bußgeld von bis zu 500.000 Euro. Eingesparte Gelder sollten für den sehr unwahrscheinlichen Fall einer doppelt ungünstigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes (siehe Artikel unten) zunächst zur Seite gelegt werden. Je mehr Menschen aktiv zur Durchsetzung des Mietendeckels beitragen, desto besser wird er Wirkung entfalten können. Berlin wird damit zur ersten prosperierenden Metropole mit sinkenden Mieten und dafür von den kämpfenden Mieterinnen und Mietern weltweit beachtet. Im Februar startet die zweite Phase des Volksbegehrens Deutsche Wohnen und Co. enteignen.

Lukas Klatte

## Haben die einen Schatten?

Haben Sie schon mal einen Mietvertrag unterschrieben, indem zwei Miethöhen vermerkt sind? Eine höhere Miete, die Sie eigentlich zahlen müssten, gäbe es keinen Mietendeckel, und eine niedrigere Miete, die als Zahlbetrag eingefordert wird? Mit solchen verwirrenden Spielchen versucht die Immobilienbranche den Mietendeckel zu umgehen. Die Verbände der Eigentümer haben von teuren Anwälten diese Gegenstrategie ausarbeiten lassen und versuchen diese vermeintliche »Rechtsposition« in die Praxis umzusetzen. Doch das Gesetz ist klar, denn dort steht allgemein verständlich formuliert, dass es verboten ist, eine Miete zu vereinbaren, die die zulässige Miethöhe überschreitet. Zulässig ist nur die Miethöhe vom 18.6.2019, die »eingefroren« wurde. Diese Miethöhe gilt auch bei Wiedervermietung der Wohnung, wenn sie die

Mietobergrenzen nicht übersteigt, die im Gesetz in einer Tabelle als Maximum fixiert sind. Jenseits der gesetzlichen Vorgaben bestehen Vermieter gerade bei Neuabschlüssen von Verträgen darauf, dass eine so genannte »Schattenmiete« vereinbart wird, obwohl sie als Zahlbetrag nur eine gesetzlich zulässige Miete einfordern. Es wird argumentiert, dass das Gesetz ohnehin vom Bundesverfassungsgericht gekippt werde und dann die »Schattenmiete« gezahlt werden müsse, und das auch noch rückwirkend. Zunächst ist es sehr gewagt, davon auszugehen, dass der Mietendeckel nicht verfassungskonform sei. Die Koalition geht natürlich davon aus, dass der Deckel Bestand hat. Aber selbst wenn das Bundesverfassungsgericht den Mietendeckel für unwirksam erklären sollte, ist

davon auszugehen, dass dies keine rückwirkenden Nachzahlungen zur Folge hätte, sondern auf die Zukunft gerichtet wäre. Oft sind die »Schattenmieten« zudem irgendwelche überhöhten Mondmieten, die sich der Eigentümer gerne wünscht, die er aber auch ohne den Berliner Mietendeckel nicht verlangen dürfte, da sie gegen Bundesrecht verstoßen. Faktisch haben die »Schattenmieten« jedoch eine abschreckende Wirkung, gerade auf Mieter mit übersichtlichem Einkommen. Sie stehen daher im eklatanten Widerspruch zu Sinn und Zweck des Mietendeckels, der der Verdrängung am Wohnungsmarkt begegnen soll. Wir alle müssen daher den Mietendeckel verteidigen, breit umsetzen und seinen Missbrauch in der Praxis unterbinden. Es ist ratsam, bei Verstößen das Bezirksamt um Intervention zu bitten. Die Bezirksverwal-

tungen haben dafür neues Personal eingestellt und sind angehalten, gegen alle Rechtsverstöße vorzugehen. Der Berliner Mieterverein sieht die »Schattenmieten« ebenfalls als nicht rechtens an und behält sich Klagen dagegen vor. Wer dort Mitglied ist und solche virtuellen Miethöhen im Vertrag hat, der möge sich dort melden.

Gaby Gottwald, MdA





# Sofortprogramm gegen Corona-Notstand

Die Bundesregierung stümpert herum. Das fordert DIE LINKE:

Die zweite Welle der Corona-Infektionen rollt über Europa und Deutschland. Infektionen, Erkrankungen, schwere Verläufe – überall steigen die Zahlen massiv an. Eigentlich keine Überraschung, doch die Regierung ist keineswegs gut vorbereitet. Es wurde versäumt, bundeseinheitliche Kriterien und Regelungen für regional gezieltes, aber koordiniertes Handeln zu schaffen. Kabinettsmitglieder und Ministerpräsidenten der Regierungsparteien verteilen Kopfnoten, erklären den privaten Bereich zum Problem und lassen zentrale Treiber der Infektion in Frachtzentren, Massenunterkünften und der Fleischindustrie außen vor. Entscheidungen werden zu oft an den Parlamenten vorbei getroffen. Das schadet der Akzeptanz der Maßnahmen insgesamt, während die Zahlen weiter steigen. Es braucht vor allem eine solidarische Politik für alle, nicht moralische Appelle an den Einzelnen. Verantwortung muss nicht nur auf allen Ebenen eingefordert, sondern auch praktisch ermöglicht werden. Das bedeutet:

## 1. Systemwechsel in den Krankenhäusern

Seit Beginn der Pandemie haben sich fast 30.000 Pflegekräfte mit SARS-CoV-2 infiziert. Deshalb sind auch die Todesfälle in dieser Berufsgruppe vergleichsweise hoch. Der Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst verbessert die Einkommen der Beschäftigten in der Pflege und hat die unwürdige Regelung der Corona-Prämien korrigiert. Was fehlt:

- eine allgemeine Anhebung der Gehälter in der Pflege um 500 Euro pro Monat und ein entsprechender Fonds im Bundeshaushalt. Das ist ein Beitrag dazu, den Fachkräftemangel zu beheben. In Krankenpflege und Altenpflege fehlen jeweils 100.000 Stellen;
- mit einem Sofortprogramm sollten 50.000 neue Stellen geschaffen werden;

- Profit-Verbot im Krankenhaus und in der Pflege: Der Zweck eines Krankenhauses ist nicht, Profite zu erwirtschaften, sondern die Bevölkerung bedarfsgerecht zu versorgen;
- mehr Personal und bessere Bezahlung in den Gesundheitsämtern.

Die Bundesregierung hat einen »Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst« geschlossen, der die Schaffung von 5.000 neuen Stellen bis Ende 2022 vorsieht – zu wenig für die Flut der Kontakt-Nachverfolgungen. Die Bundesregierung muss hier ein Sofortprogramm aufstellen, das mindestens 30.000 Stellen bereitstellt.

## 2. Arbeitsplätze und Wohnungen schützen

Konzerne kündigen an, dass sie Stellen abbauen und Standorte schließen bzw. verlagern wollen, obwohl sie Gewinne machen. Das ist nicht hinnehmbar. Alle staatlichen Hilfen für Unternehmen in der Corona-Krise müssen an konkrete Bedingungen geknüpft werden:

- keine Entlassungen, keine Lohnkürzungen, keine Standortverlagerungen;
- keine Zusammenarbeit mit Steueroasen;
- Betriebsräte brauchen zwingende Mitbestimmungs- und Vetorechte gerade bei Betriebsänderungen und -verlagerungen;
- Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich und Recht auf Weiterbildung für die Beschäftigten.

Die Bundesregierung muss Staatshilfen zurückfordern, wenn Unternehmen ihre Beschäftigten entlassen oder ihre Standorte verlegen bzw. schließen. Konzerne, die Dividenden auszahlen, sollen keine staatlichen Hilfgelder bekommen! Für die vielen kleinen und mittleren Unternehmen muss die Bundesregierung einen Transformationsfonds einrichten. Daraus wird Unterstützung bei der Umstellung der Produktion auf neue Anforderungen oder Produkte gezahlt. So können Stellen nachhaltig

auch über den fälligen Strukturwandel hinaus gesichert werden.

## Kneipensterben verhindern

In den besonders von Corona betroffenen Branchen wie Veranstaltungs- und Kulturbranche, Tourismus, Gastronomie sind zusätzliche Hilfen nötig: Ein Moratorium für Kündigung von Gewerberäumen, u. a. für Kneipen und Restaurants, kleine Geschäfte oder Kulturprojekte. Solo-Selbstständige und Kleinbetriebe müssen bei den Corona-Hilfen besser berücksichtigt werden. Dazu müssen Sie einen fiktiven Unternehmerlohn als Betriebskosten abrechnen dürfen.

## Corona-Schutzschirm für Mieter

Die Bundesregierung hat den Corona-Kündigungsschutz für Mieter nicht verlängert. Seit 1. Juli kann Mietern, die nicht zahlen können, damit wieder der Vertrag gekündigt werden. Auch der Zahlungsaufschub für private Kredite, Strom- und Gasrechnungen endete zum 1. Juli. Wohnungen und Gewerbe müssen gesichert werden: Keine Mieterhöhungen, keine Kündigungen und Zwangsräumungen, keine Strom- und Wassersperrungen. Das Kündigungsmoratorium muss wieder eingesetzt werden.

## 3. Die Kosten der Krise gerecht verteilen

Das Nettovermögen der Superreichen in Deutschland ist auf über 500 Milliarden Euro angestiegen, von 420 Milliarden im Vorjahr. Die Zahl der Milliardäre stieg von 114 auf 119. Immer mehr Konzerne kündigen Stellenabbau und Standortschließungen bzw. -verlagerungen an, obwohl sie schon wieder Gewinne machen. Die Bundesregierung will zeitnah zu einem ausgeglichenen Haushalt zurück und gut 300 Milliarden Euro Schulden tilgen; die Schuldenbremse gilt weiter. Wer zahlt die Zeche?

- Zur gerechten Finanzierung der Krisenkosten fordern wir eine einmalige progressive Vermögensabgabe, be-

ginnend mit zehn Prozent bei einem angemessenen Freibetrag, als Einstieg in eine dauerhafte Vermögensteuer von fünf Prozent auf alle Vermögen oberhalb von 1 Millionen Euro.

- Strafe muss sein: Für fahrlässige Missachtung des Infektionsschutzes, wie beim Fleischkonzern Tönnies, muss das Verursacherprinzip angewandt werden: Diese Unternehmen müssen die Folge-Kosten und lokalen Lockdown tragen.

## 4. Sammelunterkünfte auflösen

Nach aktuellen Zahlen des RKI (Stand: 22.10.2020) kam es seit Beginn der Corona-Pandemie zu fast 21.700 COVID-19-Fällen unter den Bewohnern und zu über 19.300 COVID-19-Fällen unter den Beschäftigten in Sammelunterkünften. Abstand halten darf kein Privileg sein!

- Es braucht sichere Übernachtungsangebote für Obdachlose – und einen grundlegenden Wechsel des Umgangs mit Obdachlosigkeit. Die eigene Wohnung muss am Anfang der Hilfsangebote für Obdachlose stehen – nicht wie bisher am Ende.
- Geflüchtete müssen in dezentralen Wohnungen oder notfalls leerstehenden Hotelzimmern untergebracht werden. Das erleichtert auch die Integration und gleichberechtigte Teilhabe.
- Die Saisonbeschäftigten u. a. in der Fleischindustrie müssen statt in Sammelunterkünften in Wohnungen untergebracht werden.

Bernd Riexinger,  
Vorsitzender DIE LINKE







# Erdogans Moschee am Kotti

## Wie umgehen mit dem politischen Islam im Bezirk?

Ende Oktober wurde die Mevlana Moschee in Friedrichshain-Kreuzberg wegen des Verdachts auf Erschleichung von Corona-Soforthilfen in mehreren Fällen von der Polizei durchsucht. Obwohl die Soforthilfe nicht für Vereine vorgesehen ist, soll u. a. das Konto der Mevlana-Moschee benutzt worden sein, um die Zahlungen zu erhalten. Der türkische Präsident Erdogan warf den Berliner Behörden daraufhin Rassismus und Islamfeindlichkeit vor. Wer trägt die Moschee und wie ist mit dem politischen Islam in unserem Bezirk umzugehen?

### Die Mevlana Moschee

Die Mevlana Moschee steht in enger Verbindung zur »Islamischen Gemeinschaft Milli-Görü (IGMG)«, die vom Verfassungsschutz wegen islamistischer und antidemokratischer Haltung beobachtet wird. 1976 wurde die IGMG-Berlin gegründet und 1980 in »Mevlana-Moschee und Koranschule e. V.« umbenannt. Sie ist Gründungsmitglied des Dachverbandes »Islamische Föderation in Berlin e. V.«, dem 26 von 70 Berliner Moscheen angehören. 1980 wurde der Lehrer Celalettin Kesim bei einer Demonstration gegen den Militärputsch in der Türkei am Kottbusser Tor von Besuchern der benachbarten Mevlana Moschee getötet. Der mutmaßliche Täter wurde wegen Landfriedensbruch zu einer kurzen Haftstrafe verurteilt. Als strafmildernd hielt das Gericht dem Täter zugute, dass er »nach seiner ganzen Ideenwelt« an eine gute Sache geglaubt habe, wenn diese auch dem hiesigen Denken fremd sei. 2004 berichtete das ZDF-Magazin Frontal21 über »Hasspredigten« des Imams Yakup Taşı in der Moschee. Die Islamische

Föderation erstritt sich gerichtlich das Recht, islamischen Religionsunterricht an Schulen anbieten zu dürfen. Bis heute verlängert der Senat den Vertrag mit der Islamischen Föderation regelmäßig.

### Der Dachverband DITIB

Der Moscheen-Dachverband DITIB untersteht direkt der staatlichen türkischen Religionsbehörde Diyanet. Die Imame dieser Moscheen werden von Ankara geschickt und bezahlt, die Inhalte der Freitagsgebete aus Ankara werden zu 100 Prozent übernommen. Gepredigt wird dort der Politische Islam. Bevor Diyanet den Vorstand und die Imame durch regierungstreue Vertreter ersetzte, zählte die DITIB-Gemeinde am Columbiadamm zu den liberalen Gemeinden.

### Der politische Islam

Die Übergänge zwischen Anhängern der Muslimbrüder, Milli Görüs und den faschistischen Grauen Wölfen sind fließend. Man trifft sich in den Moscheen der Verbände. Ihre Netzwerke reichen vom islamischen Religionsunterricht an Schulen, der Mitgliedschaft in den bürgerlichen Parteien, Projekten in der Familienhilfe, Gefängnisseelsorge, Dolmetschertätigkeiten in Gerichten bis zu Migrationsbehörden, sowie in die Polizei und Bundeswehr. Auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten der LINKEN, Sevim Dagdelen, bestätigte die Bundesregierung enge Verbindungen Erdogans zu Islamisten: Erdogan habe »seine ideologischen und politischen Wurzeln« in der Milli-Görüs-Bewegung, heißt es in der Regierungsantwort. Es gäbe auch Verbindungen von Funktionären von Milli-Görüs und der Muslimbrüderschaft zur türkischen Religionsbe-

hörde Diyanet und zum Dachverband DITIB. Der türkische Staat sei weiterhin bemüht, »Einfluss auf türkeistämmige Gemeinschaften in Deutschland zu nehmen« und »punktuell den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozess in der deutschen Gesellschaft insgesamt zu beeinflussen«. Konsequenterweise fordert Dagdelen: »Das islamistisch-nationalistische Erdogan-Netzwerk ist eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit in Deutschland und muss zerschlagen statt staatlich gefördert werden«.

### Und im Bezirk?

In Friedrichshain-Kreuzberg sitzt DITIB wie auch die Islamische Föderation und damit Milli Görüs seit Jahren im Migrationsbeirat. »Wir müssen diese Gruppen einbinden, nur so haben wir Einflussmöglichkeiten«, ist das gängige Gegenargument, wenn deren Mitgliedschaft kritisch hinterfragt wird. Aber nach Jahrzehnten der »Einbindung« ist das Ergebnis Radikalisierung und nicht Demokratisierung dieser muslimischen Gemeinschaften. Es sollte deshalb konsequent gegen Einrichtungen des politischen Islams vorgegangen werden. Deren Propaganda hat nichts mit dem Islam als Religion zu tun. Moscheen und Dachverbände, die im Dienste Erdogans stehen, haben nichts in unseren politischen Gremien oder in Schulen zu suchen. Es ist wichtig, die Religionsfreiheit, aber auch die Freiheit der Religionskritik zu verteidigen. Demokratische Parteien dürfen sich aber nicht von einer islamistischen Lobby instrumentalisiert lassen, deren Schutzpatron der türkische Präsident Erdogan ist.

Elke Dangeleit

## Drei Kreuzberger Jubiläen

Im Jahr 2021 würde der Kreuzberger Maler, Bildhauer und Literat **Kurt Mühlenhaupt** 100 Jahre alt. Er gilt als Prototyp eines Kreuzberger Originals. »Die Erfindung Kreuzbergs« ist ein Ausstellungs- und Veranstaltungsprojekt, welches aus Anlass des 100. Geburtstages von Kurt Mühlenhaupt stattfinden wird. Dieses Projekt soll zur Wiederentdeckung in Vergessenheit geratener Künstler\*innen beitragen und u. a. spezifische Erscheinungen wie die »Malerpoeten« und die Buchkunst ins Zentrum rücken.

Ebenfalls 1921 erhielt der Ortsteil Kreuzberg seinen aktuellen Namen und schließlich jährt sich 2021 die Einweihung des Nationaldenkmals auf dem Kreuzberg zum 200. Mal.

An diese drei Jubiläen will die Mühlenhaupt-Stiftung mit einer Ausstellung im Sockelgeschoss des Kreuzberg-Denkmal erinnern, bei der die dort eingelagerten Bildhauererzeugnisse des frühen 19. Jahrhunderts (u. a. der Münzfries von Schadow) mit Werken von Kurt Mühlenhaupt kontrastiert und kommentiert werden. Schon heute ist der Besuch des Mühlenhaupt-Museums in der Fidicinstraße 40, 10965 Berlin sehr empfehlenswert.

Regine Sommer-Wetter



Kurt Mühlenhaupt, 1974  
Foto: Dietmar Bührer, Wikipedia,  
CC BY-SA 4.0

# »Je länger die Pandemie dauert, umso mehr geht der Gesundheitszustand den Bach runter«

Interview mit **Astrid Leicht**, Leiterin der Drogenhilfe Fixpunkt e. V.



Die Corona-Pandemie trifft die Armen und Schwachen in der Gesellschaft besonders hart. Dazu gehören auch die Klient\*innen von Fixpunkt e. V., einem wichtigen Träger der Drogenhilfe. Mit Chefin **Astrid Leicht** (Foto) sprach **Maria Bischof** über Drogenprobleme in Friedrichshain-Kreuzberg, Entkriminalisierung und den Schutz von Jugendlichen.

## Wie hat sich durch die Pandemie die Situation ihrer Klient\*innen verändert?

Es ist generell so, dass unsere Angebotsnutzer, genauso wie alle anderen Menschen, unter den Einschränkungen gelitten haben. Aber noch viel mehr, weil sie in prekären Lebensbedingungen leben und auf öffentliches Leben in den Straßen angewiesen sind. Da hat sich ja massiv was verändert durch den Lockdown. Die Leute sind in existenzieller Not. Je länger die Pandemie dauert, umso mehr geht auch der Gesundheitszustand der Leute den Bach runter.

## Im Görlitzer Park hat kürzlich ein Kind einen Fixer-Löffel gefunden und in den Mund genommen. Würde ein Druckraum in der Nähe des Görlitzer Parks verhindern, dass Drogennutzer\*innen die dortigen Spielplätze zum Konsumieren nutzen?

Wir haben ja in der Nähe des Görlitzer Parks bereits einen Konsumraum in der Reichenberger Straße, im Einzugsbereich des Kottbusser

Tores. Der Konsumraum ist auf jeden Fall eine Möglichkeit, aber er ist nicht allumfassend. Konsumräume sind nicht wirklich niedrigschwellig. Man muss dort Daten angeben, man muss einen Vertrag unterschreiben. Man darf nicht in einer ärztlichen Substitutionsbehandlung sein. Das ist für viele ein Ausschlussgrund. Wir haben im Moment Covid-bedingt auch eine Platzreduktion und Wartezeiten, Regularien. Das ist für Drogenabhängige nicht immer attraktiv oder auch machbar, aber es ist zumindest ein Beitrag dazu, dass sich die Situation für die Menschen verbessert.

## Wären denn ganz konkret Spritzenautomaten und extra Müllbehälter für Konsumutensilien schon mal eine Maßnahme?

Wir haben Spritzenautomaten am Ostbahnhof, am Kotti und am Ring-Center. Nur der am Kotti wird intensiv genutzt. Diese Automaten sind ein Beispiel, wo es funktioniert hat, weil da auch viele Behörden mit beteiligt sind. Da hat die BVG die

Genehmigung gegeben, es gab die Zustimmung der Polizei, der verschiedenen bezirklichen Abteilungen und der Senatsverwaltung.

## Welchen Einfluss haben die vielen Clubs in Xhain auf den Drogenkonsum?

Natürlich ist es so, dass zur Clubkultur oder zum Freizeitleben auch Drogenkonsum dazugehört. An erster Stelle Alkohol und Nikotin, aber auch andere Substanzen, die dann nicht zwangsläufig direkt am Club erworben werden. Viele kommen ja auch schon mit Substanzen, die sie vorher genommen haben oder erworben haben. Es ist naheliegend, dass sich Händler in der Nähe von Clubs postieren.

## Also, sie würden sagen, durch die Clubs ist eine verstärkte Händler-szene vorhanden?

Kann man schon sagen. Es ist naheliegend, dass Händler versuchen, den Kunden aufzusuchen.

## Sind die Händler denn auch Konsumenten oder überschneidet sich das nicht?

Das überschneidet sich nicht zwangsläufig. Es kommt oft auch auf die Örtlichkeiten an, welche Art Händler, Gruppierungen dort tätig sind. Man kann das nicht so pauschal sagen.

## Wie denken Sie über Entkriminalisierung und Legalisierung von harten Drogen? Wären Eigenbedarfsmengen ein Anfang?

Generell denke ich, dass es auf jeden Fall ein Fortschritt wäre, wenn die Substanzen, die ohnehin genommen werden und die gesundheitlich bedenklich sind, unter staatliche Kontrolle gestellt werden. Im Moment sind sie der staatlichen Kontrolle entzogen, und wir haben den Schwarzmarkt. Das finde ich in jedem Falle problematischer, weil es jetzt völlig unkontrollierbar ist. Die Repression verdrängt das nur, aber kontrolliert den Substanzhandel nicht. Entkriminalisierung könnte ein konkreter Fortschritt sein, wenn man bestimmte Delikte aus dem Strafrecht in ein Ordnungswidrigkeitsrecht transferiert. In dieser Richtung gibt es ja sogar schon in

konservativen Kreisen Bestrebungen, weil man auch dort weiß, dass die Kriminalisierung von Konsumenten nicht zielführend ist, gar kontraproduktiv ist.

Konkrete Eigenbedarfsmengen wären sicher schon hilfreich, sind aber nicht der Weisheit letzter Schluss. Besser fände ich es, wenn wir einen regulierten, staatlich überwachten Zugang zu diesen Substanzen hätten und damit eine Kontrolle über das Geschehen.

## Welche Strategien sind sinnvoll, um Jugendliche vor Konsum zu schützen?

Es ist eine gute Familien-Freunde-Arbeitsituation, die am besten vor übermäßigem Konsum schützt. Es gibt keine spezifische Strategie. Wenn Jugendliche oder Kinder selbstbewusst, selbstreflektiert und selbstbestimmt aufwachsen können, dann können sie für sich auch entscheiden, was für sie riskant ist und was nicht. Es ist die Sache der Erwachsenen, da als Vorbild voranzugehen, und die Heranwachsenden darin zu unterstützen. Je besser die Erwachsenen das tun, umso weniger gefährdet sind die Kinder.

## Würde die Entkriminalisierung helfen, Jugendliche besser schützen?

Ja, weil das Thema dadurch auch entdramatisiert wird. Das Verbotene reizt ja auch oft. Drogen sollten für Jugendliche nicht frei zugänglich sein. Aber ein regulierter Zugang würde es eben auch ermöglichen, Cannabis Jugendlichen nicht zugänglich zu machen. Wir wissen, dass das im Wachstumsprozess, im Gehirnreifungsprozess zu Schäden führen kann. Aber man muss eben auch gucken: Wie kann man mit dem Bedürfnis der Jugendlichen umgehen, eben auch Sachen auszuprobieren, Rausch zu erleben? Wie kann man da konstruktive Strategien finden? Es gibt da schon viele gute Ansätze in der Suchtprävention und der Erlebnispädagogik. Man sollte nicht gegen etwas arbeiten, gegen den Drogenkonsum, sondern für etwas, was den Bedürfnissen entspricht. Dann erledigt sich das Thema Drogenmissbrauch im besten Falle von selbst.





Mainzer Straße im Juni 1990; Fotos: Renate Hildebrandt, Wikipedia, CC BY 3.0

# Traum und Trauma

## Vor 30 Jahren wurde die Mainzer Straße geräumt

**Freke Over war 1990 Hausbesetzer in der Mainzer Strasse in Friedrichshain. Später war er bis 2006 Mitglied der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Hier erinnert er sich an den »kurzen Sommer der Anarchie«:**

**Ein Traum:** 12 Häuser in einer Straße. Besetzt im Mai 1990. 250 Menschen aus Ost und West und vielen Ländern. Studenten, Autonome, Hippies, Spontis, Spassguerilla, Antifas und Antiimps – eine ganz besondere Mischung, gemeinsam statt einsam. Tuntenhaus mit Fischbar und Antiquariat und Frauen- und Lesbenhaus. Buntes Leben im größten Projekt deutsch-deutscher Gemeinsamkeit. Leben und Arbeiten, sich in den unterschiedlichen Sozialisierungen erleben, kennenlernen – nicht frei von Problemen in der Kommunikation. Aber immer eine schöne Party! Dann war eines Tages Falco da, direkt von der NVA entlassen, unser Quotenossi in der Mainzer 7. Schnack hier, schnack da, die Bundeswehr war Freitag ab halb 12 im Wochenende, Kriegsuntauglich. »Was und ich habe jetzt drei Jahre fast jedes Wochenende Dienst geschoben damit die Nato uns nicht überfällt?« Erste Erkenntnisse über den anderen Staat, die andere Sozialisation. Wir Wessis wollen einen Spätkauf eröffnen. Bier kaufen, eine Palette beim Berliner Dealer um die Ecke, ohne Leergut geht das nicht. Bei uns Entsetzen, aber wir fügen uns, also rüber nach Kreuzberg und leere Flaschen gekauft. Einen fassungslosen Getränkehändler zurücklassend, leere Bierflaschen in die noch existierende DDR exportiert. Volle Flaschen Berliner Pilsener erworben und los geht es mit dem Ausschank. Und dann die Währungsunion, was machen mit

unserem ganzen Ostgeld, wieder Bier gekauft, ganz viel Bier gekauft, über Nacht 300 Prozent Gewinn, uns an der Währungsunion gesund gestoßen und den ganzen Sommer damit den Küchenschrank bezahlt. Äpfel aus Neuseeland aber nicht mehr aus Gransee im Konsum, Kontakte geknüpft, mit dem Laster zur LPG, Äpfel gepflückt wie die verrückten, Äpfel geschenkt bekommen, weil die Bauern so glücklich waren, dass ein paar weniger an den Bäumen vergammeln. Die Food Coop war entstanden, gemeinsamer Einkauf – gemeinsames Organisieren. Später dann auch eine Volkküche – leckeres Essen für Besetzerinnen und Anwohnerinnen mit Lieferservice für manche Rentnerin, aber alles noch nicht vegan. Nachbarschaftstreffen und Nachbarschaftsdialog – ein Spielplatz soll her! Mit den Nachbarn zum Rat des Stadtbezirks – Ost-CDU Baustadtrat Hannemann – mit Sympathie und geschult im Organisieren. Material? »Geht doch auf die Baustelle wo ihr euch sonst auch bedient«. Der Polier ist schon informiert – »das hier könnt ihr benutzen, dass da drüben bleibt hier« – abends steht die erste Schaukel und der Sandkasten ist gut gefüllt. Müll wächst zu Bergen, besonders der Bauschutt nimmt überhand – Helios Mendiburu, unsere Sonne, ist uneinsichtig – den Müll in die Schubkarren und Karre für Karre auf die Frankfurter Allee. Erst eine Fahrspur dicht, dann 2 – 3 – 4 Fahrspuren und die Einsicht bei unserem Bezirksbürgermeister reift, dass hier gehandelt werden muss. Am Abend kommen die Bagger und Laster, am Ende ist die Frankfurter, Mainzer, Rigaer und Kreuziger geräumt und wir bekommen endlich Müllcontai-

ner – stank ja doch schon mächtig zum Himmel.

Berliner Linie auch in Ostberlin – ab dem 24. Juli will auch der Magistrat Häuser räumen. Wir besetzen daraufhin etliche neue Häuser im Umfeld der Mainzer – der Ostberliner Magistrat belässt es bei Ankündigungen und räumt bis zu seiner Auflösung durch die Wiedervereinigung nicht.

**Ein Trauma:** Der 12. November 1990 – Momper in Moskau – Pätzold hat freie Hand. Der spezialdemokratische Innensenator versucht es mal wieder mit absoluter Härte, Koalition geplatzt, Sozen abgewählt. Die Räumung unseres Traums: Das größte »Familientreffen« aller westdeutschen Sondereinsatzkommandos: MEKs, SEKs und die GSG 9 – für mich unfassbare Gewalt – CS- und CN-Gas, Gummigeschosse und scharfe Projektile. 50 Millionen Sachschaden bei Scherbenemos der Autonomen in ganz Europa und Kleiderspenden aus der ganzen ehemaligen DDR für uns! Geil auf Gewalt – Momper und seine Polizei oder wir Hausbesetzer? Zu den angekündigten Prozessen ist es nie gekommen – die Angst vor der ganzen Wahrheit war dann wohl doch zu groß. Fünf Jahre später auf dem direkten Weg ins Abgeordnetenhaus – Einladungen an den Kaffeetisch im Wohnzimmer vieler Anwohner – so hatten sie sich die Wiedervereinigung nicht vorgestellt. Und nicht wenige meinten es galt ihnen: Die neuen Herren wollten mal zeigen wo der Hammer hängt.

**Das Buch zum 30. Jahrestag: Traum und Trauma – Die Besetzung und Räumung der Mainzer Straße 1990 in Ost-Berlin, Ch.Links Verlag.**

**Im Oktober ist das Hausprojekt in der Liebigstraße 34 trotz massiver Proteste geräumt worden. Wir dokumentieren einen Auszug aus dem Beschluss der BVV Friedrichshain-Kreuzberg, der sich gegen die Räumung richtet:**

»[...] Das Haus ist ein einzigartiger Schutzraum für Frauen\*, Lesben, inter, non-binary und trans Personen. Es ist eine wichtige Anlaufstelle für Menschen, die aufgrund ihrer finanziellen Lage oder Diskriminierungserfahrungen keinen anderen, sicheren Ort zum Leben finden. [...] Mit seinem solidarischen Kiezbezug, seiner Widerständigkeit und dem antipatriarchalen – politischen Anspruch prägt das Haus seit über zwei Jahrzehnten den Samariterkiez mit und ist von dort eigentlich nicht wegzudenken. Es ist fest in der Nachbarschaft des Samariterkieses verwurzelt, bietet jenseits der fortschreitenden Kommerzialisierung wichtige Infrastruktur für kulturellen und politischen Austausch. Es ist einer der wenigen verbliebenen Freiräume in einem zunehmend von Gentrifizierung und Verdrängung bedrohten Kiez. Die Liebig34 ist eben nicht irgendein Haus. Ein solches über viele Jahre gewachsenes anarcho-queer-feministisches Hausprojekt lässt sich nicht einfach verpflanzen. Der Verlust für unseren Bezirk wäre nicht zu ersetzen. Sie sind Teil unserer Identität, unabhängig davon ob wir uns nun mit den dort geführten Diskursen identifizieren können oder nicht. [...]«



## Termine

**Der Rote Laden**

Weidenweg 17, 10249 Berlin  
Telefon: 030/426 26 87  
E-Mail: info@dielinke-fk.de

**Bürozeiten:**

Montag: 9–16 Uhr,  
Dienstag & Donnerstag: 10–18 Uhr,  
Mittwoch: 11 bis 18 Uhr, Freitag: Geschlossen

**Veranstaltungen Dezember 2020****Online-Lesekreis Friedrich Engels  
Samstag, 5. Dezember, ab 13 Uhr**

Anmeldung per E-Mail unter:  
engels200@posteo.de

Anlässlich seines 200. Geburtstags am 28. November diesen Jahres wollen wir gemeinsam das letzte Kapitel des Buchs »Der Ursprung der Familie« von 1884 lesen und diskutieren. Darin skizziert Engels seine Überlegungen zum Staat und zur Rolle von Gewalt. Beides ist nicht nur die Grundlage für spätere marxistische Staatstheorien von Lenin bis Nicos Poulantzas, sondern auch von praktischer Bedeutung. Etwa, wenn wir Polizeigewalt verstehen und linke Antworten entwerfen wollen: Hält Engels tiefgreifende Reformen für möglich? Oder muss die Polizei tatsächlich – wie auch viele Aktivist\*innen von Black Lives Matter fordern – abgeschafft werden? Was würde sie dann ersetzen? Das sind nur wenige von vielen weiteren Fragen, über die wir sprechen werden.

**Online-Veranstaltung: Vorstellung der  
Machbarkeitsstudie von FridaysForFuture  
»CO<sub>2</sub>-frei bis 2035«**

**Dienstag, 8. Dezember, ab 19 Uhr**

Anmeldung per E-Mail unter:  
karolin.behlert@posteo.de

mit Lara Hopf und Riva Morel aus der  
FridaysForFuture-Bezirksgruppe

**Vertreter\*innenversammlung zur Wahl  
der Direktwahlkreis-kandidaten zur  
Abgeordnetenhauswahl  
Samstag, 12. Dezember 2020**

Wo: Astra Kulturhaus, Revaler Straße 99,  
10245 Berlin

Die Vorbereitungen auf die Abgeordnetenhauswahl im kommenden Jahr haben begonnen. Am 12. Dezember 2020 werden wir dazu auf einer gesonderten VertreterInnenversammlung die Wahlkreisbewerber\*innen der Partei DIE LINKE für die sechs Wahlkreise in Friedrichshain-Kreuzberg bestimmen, sowie die Vertreterinnen und Vertreter aus Friedrichshain-Kreuzberg zur LandesvertreterInnenversammlung zur Wahl der Landesliste zum Abgeordnetenhaus 2021 wählen.

Weitere Infos findet ihr auf unserer Webseite:  
[www.dielinke-friedrichshain-kreuzberg.de/partei/hauptversammlung/](http://www.dielinke-friedrichshain-kreuzberg.de/partei/hauptversammlung/)

# DIE LINKE.

Friedrichshain-Kreuzberg

**Impressum:**

Redaktionsschluss: 25. August 2020  
Herausgeberin: DIE LINKE. Friedrichshain-Kreuzberg, Tel: 030/426 26 87

[www.dielinke-fk.de](http://www.dielinke-fk.de)

[www.facebook.com/DIELINKE.FK](https://www.facebook.com/DIELINKE.FK)

info@dielinke-fk.de

Redaktion: Damiano Valgolio (V.i.S.d.P.)

**Kontakt Fraktion DIE LINKE. in der****BVV Friedrichshain-Kreuzberg:**

Yorkstraße 4–11, 10965 Berlin

Telefon: (030) 90298-2599

E-Mail: fraktion@linke-kommunal.de

# »Spielplatzreinigung rekommunalisieren«

## Interview mit der Initiative »Spielplatz in Not«

**Hallo, stellt euch doch bitte zu  
Beginn unseren Leser\*innen vor.**

Wir sind Paula und Sarah und haben Mitte dieses Jahres mit anderen Eltern die Initiative »Spielplatz in Not« ins Leben gerufen. Mittlerweile sind wir ein wachsendes Bündnis aus Eltern, Erzieher\*innen und Anwohnenden, das sich für die Rechte der Kinder auf eigenen Raum stark macht. Wir sind so unterschiedlich, wie unser Bezirk und haben einen sehr verbindenden Grund: unsere Kinder. Wir fordern das Einfachste und gleichzeitig scheinbar Unmöglichste: »Spielplätze gehören Kindern. Punkt.«

**Woher kam die Idee, die Initiative  
»Spielplatz in Not« zu starten?**

Das Thema verwahrloster und dreckiger Spielplätze beschäftigt Eltern, Erzieher\*innen und Familien schon seit Jahren. Die Thematik betrifft Eltern vom Samariterkiez bis zum Südster. Wir sehen, wie Geräte ohne Ersatz abgebaut werden, die Spielplätze immer weiter verschmutzen und am Abend und in der Nacht zu Partyzwecken und für Drogenkonsum genutzt werden. Im Wrangelkiez wurde es dann in diesem Jahr ein noch explosiveres Thema, weil sich Kinder vermehrt an Drogenbesteck verletzen und sich Funde von Ecstasy-Pillen, Koks-Kapseln etc. auf den Spielplätzen häufen. Kinder und

Familien benötigen aber diese Flächen – Kinderläden und Kitas ohne Außenbereich sind sogar zwingend auf sie angewiesen. Erzieher\*innen berichten, dass sie nicht mehr unbesorgt mit ihren Gruppen nach draußen können und die Spielplätze vorab systematisch nach Gefahrenquellen absuchen müssen. Die wenigen Räume der Kinder zu erhalten, in denen sie sich trotz Großstadt frei und sicher bewegen und entfalten können, sollte uns allen ein dringendes Anliegen sein. Wir möchten ein Sprachrohr sein.

**Was sind eure Ziele?**

Unsere Initiative »Spielplatz in Not« setzt sich generell für nutzbare, sichere und saubere Spielplätze ein. In den Recherchen und Gesprächen mit den vermeintlich Zuständigen (dem Grünflächenamt, der Polizei, der Bürgermeisterin, anderen Verordneten der BVV), ergab sich die Erkenntnis, dass Kinder in den lokalpolitischen Diskursen, der Budgetierung und der räumlichen Planung im Bezirk eine untergeordnete Rolle – eigentlich kaum eine – spielen. Und die Zahlen verdeutlichen das: Es gibt 168 Spielplätze im Bezirk. 162 werden von privaten Reinigungsfirmen gereinigt. Ein Monitoring hierfür gibt es kaum bis gar nicht. Gerade einmal 70 Euro gibt der Bezirk monatlich für die Rei-

nigung eines Spielplatzes aus. Hier ist nur die oberflächliche Reinigung (Abwischen) beauftragt – Ränder, Sand, Gebüsche und Flächen unter den Spielgeräten sind vom Bezirk nicht mit beauftragt. Und das, wo sich gerade hier Müll und Gefahrenquellen sammeln. Nachdem sich ein Kind auf einem Spielplatz im September einen Heroinlöffel in den Mund gesteckt hat, berichteten uns die Parkläufer im Görlitzer Park, dass sie auf den dortigen Spielplätzen an manchen Tagen morgens bis zu 80 Spritzen einsammeln. Nach diesen bitteren Erkenntnissen fordern wir die sofortige Instandsetzung aller Spielplätze, inklusive einer angemessenen Umzäunung und Beschilderung, vor allem für die besonders betroffenen Spielplätze. Wir fordern eindringlich die Rekommunalisierung der Reinigung durch die BSR und eine tägliche Reinigung der gesamten Spielflächen (Böden, Ränder) mit Fokus auf Gefahrenquellen. Hierzu haben wir einen Einwohner\*innen-Antrag formuliert und sammeln aktuell Unterschriften.

**Wie kann man euch unterstützen?**

Vor Allem mit Reichweite, Unterschriften und Vernetzung. Und mit Lautstärke! Wir benötigen 1.000 Unterschriften, um in der BVV einen Beschluss zu unseren Forderungen zu bewirken. Bei diesem Einwohner\*innenantrag wird es nicht bleiben. Die Problematik geht tiefer. Die Kieze brauchen dringend eine engere Zusammenarbeit des Bezirks mit der Straßensozialarbeit. Je mehr Menschen sich anschließen, je lauter wir werden, desto wahrscheinlicher wird sich die Lage unserer Kinder verbessern.

Interview: Chris Tsialampas

**Kontakt:**  
[mail@spielplatz-in-not.de](mailto:mail@spielplatz-in-not.de)

**Den Einwohner\*innen-Antrag gibt es unter**  
[www.spielplatz-in-not.de](http://www.spielplatz-in-not.de)  
**als Download.**

**Außerdem liegt der Antrag u. a. im Wahlkreisbüro des Bundestagsabgeordneten Pascal Meiser aus.**